

EINLEITUNG

Ein Staat von der Grösse Liechtensteins sieht sich dauernd zwei hauptsächlichen Problemen gegenüber: Einerseits will er seine Souveränität und Unabhängigkeit aufrechterhalten, andererseits fehlt ihm ein beträchtlicher Teil der Mittel zur Gestaltung einer eigenständigen Aussenpolitik.

Beide Probleme sind in der Literatur über Liechtenstein bereits ausführlich behandelt worden. Hingegen wurde bis jetzt noch nie der Versuch unternommen, Liechtensteins Aussenpolitik unter dem speziellen Gesichtspunkt der Neutralität zu untersuchen.

Es ist deshalb Ziel dieser Arbeit, einige wesentliche Aspekte der liechtensteinischen Neutralitätspolitik zu behandeln, wie sie sich seit dem Zollanschlussvertrag von 1923 mit der Schweiz darstellen.

Im besonderen wird dabei auf die dauernde Neutralität nach Schweizer Muster eingegangen, um daraus mögliche Konsequenzen für die Situation Liechtensteins ableiten zu können.

Zum Vorgehen: Zuerst wird die Problematik der Souveränität eines Kleinstaates bzw. seiner Unabhängigkeit dargestellt. Eine kurze Beschreibung des Verhältnisses Liechtensteins zur Schweiz soll dann den Rahmen eigenständiger liechtensteinischer Aussenpolitik abgrenzen.

Die liechtensteinische Neutralitätspolitik als solche wird, ausgehend von einem geschichtlichen Überblick, als Politik der faktisch dauernden Neutralität beschrieben. Eng im Zusammenhang damit steht der Nachweis der Neutralitätsfähigkeit Liechtensteins. Diese wird aufgezeigt durch die Beschreibung der Eigenstaatlichkeit Liechtensteins und durch die Analyse einzelner Bestimmungen in der liechtensteinischen Verfassung und Gesetzgebung.

Den Abschluss bildet eine kurze Übersicht über die Beteiligung Liechtensteins an internationalen Organisationen und deren mögliche Auswirkungen auf die Neutralität Liechtensteins.